

Bezahlbarer Wohnraum für alle – endlich Wohnungsnot wirklich bekämpfen! Öffentlicher Wohnungsneubau und „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“!

Die Wohnungsnot in Berlin, das Fehlen von bezahlbarem und ausreichendem Wohnraum, von staatlich finanziertem Sozialwohnungsbau, ist auch das Ergebnis der Politik von drei Regierungskoalitionen der letzten Jahre. Ob Rot-Rot, Rot-Rot-Grün oder jetzt Schwarz-Rot:

Öffentlicher Wohnungsbau stagniert und ist rückläufig. Der Mieterschutz reicht nicht aus, die Eigenbedarfskündigungen und Zwangsräumungen nehmen zu. Die Mietpreisbremse bremst nicht, sie hat zu viele Schlupflöcher, im Profit-Interesse der Wohnungskonzerne.

Wir brauchen einen Senat für die Interessen und Forderungen der Mieter und Mieterinnen, für die große Mehrheit in dieser Stadt, eine Landesregierung für:

Wohnungsneubau in öffentlicher Hand mit landeseigenen Wohnungsunternehmen, die gemeinnützig in den Bezirken planen, bauen, vermieten und verwalten – Garant für stabile und bezahlbare Mietpreise. Dafür: Wiedergründung eines öffentlichen Bauunternehmens (nach dem Vorbild der „Bauhütte“ der Weimarer Republik).

Wir unterstützen die Forderung der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Berlin (IG BAU Berlin). *Diese lehnt die geplante Ausweitung des Militäretats auf 5% des Bruttoinlandsprodukts ab. Die für militärische Aufrüstung geplanten 600 Milliarden Euro Sonderschulden sollen einer zivilen Verwendung zugeführt werden, vor allem für bezahlbaren Wohnraum mit dauerhafter Sozialbindung. Insbesondere fordert die IG BAU, dass die Bundesregierung in der laufenden und den folgenden Legislaturperioden jeweils ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung stellt, um jährlich den Bau von mindestens 200.000 Wohnungen zu realisieren.*

Viele Berlinerinnen und Berliner zahlen mit ihrer Miete für die Rendite der Wohnungskonzerne statt für den Erhalt und die Sanierung ihrer Wohnungen. Damit muss Schluss sein: Endlich den Volksentscheid von 2021 „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ umsetzen.

Das betrifft allein 140.000 Wohnungen im Eigentum von Vonovia und Deutsche Wohnen.

Umfassender Mieterschutz, sichere und bezahlbare Mietpreise

Die Landeseigenen Wohnungsunternehmen (LWU) = Berlinovo, Degewo, Gesobau, Gewobag, HoWoGe, Stadt und Land und WBM mit rund 370.000 Wohnungen können und müssen sofort einen Mietestopp für diese Wohnungen umsetzen. Der Senat als Eigentümer der LWU kann und muss dies anordnen. Dazu gehört: Umwandlung der LWU in gemeinnützige Unternehmen.

- Kein Mieter, keine Mieterin darf wegen „Eigenbedarf“ des Vermieters gekündigt werden: Eigenbedarfskündigungen verbieten.
- Verbot von Wohnungsräumungen, wenn diese in die Wohnungslosigkeit führen.

Ende 2024 gab es in Berlin geschätzt 40.000 leere Wohnungen, hinzu kommen leerstehende Büroräume, die für eine Umwandlung in Mietwohnungen in Frage kommen.

Der Wohnungsleerstand muss beseitigt werden, d.h. sofortige Vermietung leerstehender Wohnungen besonders an Bedürftige, Obdach- und Wohnungslose: Das Land Berlin und die Bezirke müssen erweiterte Belegungsrechte bei der Vergabe freiwerdender Wohnungen erhalten.

Milliarden für bezahlbare Wohnungen statt für Rüstung!

Aufgabe des BSW und der AGBSW ist es, heute eine Kraft gegen die Kriegs-Politik der Regierung unter Kanzler Merz zu organisieren. Für den Schutz der Arbeitnehmerrechte, des Sozialstaats und der Demokratie gegen die Angriffe der Regierung. Dazu wollen wir beitragen. Gleichzeitig sind wir davon überzeugt, dass man nicht erfolgreich für soziale Forderungen kämpfen kann, ohne die Fragen der Kriegspolitik und Kriegsvorbereitung mit aufzunehmen. Diese Gedanken tragen wir auch in unsere Gewerkschaften.

Interesse? Melde dich bei: info@agbsw.de

AGBSW im Internet: agbsw.de

AGBSW-Kanal auf Telegram: t.me/AGBSW

2004 hat der SPD/PDS-Senat 60.000 landeseigene Wohnungen verkauft. Jetzt, nach 22 Jahren, sagt der damalige Wirtschaftssenator, Harald Wolf von der Linkspartei: „*Wir haben damals die Nerven verloren. Wir hätten niemals einknicken dürfen.*“ – „*Das Problem war, das uns der Haushalt um die Ohren geflogen wäre.*“ Wider besseres Wissen hat die Linkspartei damals dem Verkauf zugestimmt.

Und heute wird uns wieder gesagt, der Landshaushalt reicht für ein Wohnungsbau-Programm nicht aus.

Aber unbegrenzte Kredite stehen für einen Krieg gegen Russland und militärische Aufrüstung zur Verfügung. Die Landesregierungen, in denen die Linkspartei vertreten ist, haben diesen Kriegskrediten auch zugestimmt.

Sie haben nichts dazu gelernt.

Die Landesregierungen, in denen das BSW beteiligt waren, haben dagegen gestimmt.

Deshalb braucht es das BSW im Abgeordnetenhaus.

Webseite:



Facebook:

